

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Katja Kipping, Karin Binder, Heidrun Bluhm, Sevim Dagdelen, Werner Dreibus, Klaus Ernst, Inge Höger-Neuling, Jan Korte, Dr. Gesine Löttsch, Kornelia Möller, Elke Reinke, Dr. Herbert Schui, Dr. Ilja Seifert, Frank Spieth, Jörn Wunderlich, Sabine Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

Fakten und Positionen der Bundesregierung zur Publikation Report vom Arbeitsmarkt des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit vom August 2005

Der Report vom Arbeitsmarkt des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit „Vorrang für die Anständigen – Gegen Missbrauch, ‚Abzocke‘ und Selbstbedienung im Sozialstaat“ vom August 2005 sorgte in der Öffentlichkeit für viel Aufmerksamkeit und Kritik. Im Report wurden Einzelfälle angeblichen Missbrauchs von Sozialleistungen durch Arbeitslosengeld II (ALG II)-Beziehende (Grundsicherung für Arbeitsuchende) dargestellt.

Aus diesen Einzelfällen wurden im Report Maßnahmen und Vorschläge abgeleitet, die sich auch im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD wiederfinden, so z. B. die Einrichtung von Prüfdiensten im Außendienst, um die gerechtfertigte Leistungsanspruchnahme zu überprüfen, der Abgleich der Sozialdaten mit der aktuellen Lebenssituation der Leistungsbeziehenden durch Telefonabfragen, die verschärfte Überprüfung der Arbeitswilligkeit derjenigen, die Grundsicherungsleistungen beanspruchen. Im Report wurden Beispiele des Missbrauchs von Leistungen zur Integration in den Arbeitsmarkt (Vermittlungsgutscheine, Eingliederungszuschüsse, zusätzliche Arbeitsgelegenheiten) durch Unternehmen aufgeführt. Im Vorwort des Reports verwiesen die Autoren weiterhin auf Subventionsbetrug und auf Steuerhinterziehung.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welchen konkreten Stellen entstammen die im genannten Report aufgeführten Einzelfälle von angeblichem Sozialleistungsmissbrauch durch die Grundsicherungsbeziehenden und von Eingliederungsleistungen durch Unternehmen?
2. Sind die im Report aufgeführten Einzelfälle des Missbrauchs sozialer Leistungen seitens der Grundsicherungsbeziehenden und von Eingliederungsleistungen seitens der Unternehmen durch objektive und repräsentative wissenschaftliche Studien belegt, und wenn ja, durch welche Studien und mit welchen Ergebnissen?
3. Wie bewertet die Bundesregierung den genannten Report in seiner objektiven, wissenschaftlich fundierten Aussagekraft?

4. Welche Größenordnungen haben die durch wissenschaftliche Studien belegten Missbräuche von Sozialleistungen durch die Grundsicherungsbeziehenden und die von Eingliederungsleistungen durch die Unternehmen jährlich (bitte getrennt auflühren)?
5. Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung zur Verhinderung des Missbrauchs von Eingliederungsleistungen durch Unternehmen ergreifen?
6. Wie hoch sind die jährlichen Verluste an Haushalteinnahmen durch Subventionsbetrug und durch Steuerhinterziehung (bitte getrennt auflühren), und welche wissenschaftlichen Untersuchungen liegen diesen Angaben zugrunde?

Berlin, den 7. Dezember 2005

Katja Kipping
Karin Binder
Heidrun Bluhm
Sevim Dagdelen
Werner Dreibus
Klaus Ernst
Inge Höger-Neuling
Jan Korte
Dr. Gesine Löttsch
Kornelia Möller
Elke Reinke
Dr. Herbert Schui
Dr. Ilja Seifert
Frank Spieth
Jörn Wunderlich
Sabine Zimmermann
Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion